GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Prekarität für alle?! Zur differentiellen symbolischen und faktischen Deklassierung von „Migrantinnen“. Eine transnationale Perspektive

Castro Varela, Maria do Mar

2005

https://doi.org/10.25595/4555

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Castro Varela, Maria do Mar: *Prekarität für alle?! Zur differentiellen symbolischen und faktischen Deklassierung von „Migrantinnen“. Eine transnationale Perspektive*, in: Bulletin Texte / Zentrum für Transdisziplinäre Geschlechterstudien / Humboldt-Universität zu Berlin (2005) Nr: Doppelausgabe 29+30, 90-102. DOI: https://doi.org/10.25595/4555.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Bulletin Texte 29+30

Armut und Geschlecht



Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien
www.gender.hu-berlin.de

María do Mar Castro Varela

Prekarität für alle?! Zur differentiellen symbolischen und faktischen Deklassierung von „Migrantinnen". Eine transnationale Perspektive

Der Begriff der „Prekarität" hat in den letzten Jahren eine rasante Karriere hingelegt. Ununterbrochen wird von prekären Berufs- und Lebenssituationen gesprochen. Alles scheint prekär, alle in Prekarität gefangen. In prekären Lebensverhältnissen leben mithin nicht nur erwerbslose Migrantinnen, alleinstehende Mütter und Asylbewerberinnen, sondern auch die hochqualifizierten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen mit universitären Zeitverträgen. Fast scheint es so, als sei Prekarität zu einem neuen (widerständigen) Lebensstil geraten. Wie viele gerne „subaltern" sein wollen, obschon es sich hierbei nicht um eine Selbstbezeichnung handelt (kritisch hierzu Castro Varela/Dhawan 2005), feiern einige die Prekarität als sei sie etwas erstrebenswertes. Doch für Menschen die tatsächlich in (ökonomisch) prekären Verhältnissen leben, bedeutet es unter der Armutsgrenze zu leben, nicht zu wissen, ob sie in den nächsten Monaten ihre Miete, ihre Stromrechung oder Wasserrechnung bezahlen können oder ob sie morgen abgeschoben werden. Prekarität ist nur für die hinnehmbar, die über ein stabiles soziales Netzwerk und genügend symbolisches Kapital verfügen und deswegen den freien Fall nicht als existenziell bedrohlich erfahren, sondern schon mal als Leichtigkeit des Seins.

Prekarität ist gut für eine neoliberale Wirtschaftsordnung, die angewiesen ist auf möglichst flexible Arbeitskraft, die stark untereinander konkurriert und tunlichst nicht an Widerstand zu denken wagt. Die in den letzten Jahrzehnten weltweit zunehmende Beschleunigung und Verschärfung sozialer Ungleichheiten lässt Sprechen über prekäre Lebenslagen im Postfordismus zwar begründet erscheinen lassen, allerdings muss konstatiert werden, dass gesellschaftliche Anerkennung und Partizipation in der Geschichte des Kapitalismus schlechtweg nur bestimmten Kollektiven gewährt wurde, ist doch die „Exklusion konstitutives Merkmal der Warenform", wie Karl-Heinz Lewed (2005) bemerkt. Anders gesagt, Ausgrenzung ist Teil des kapitalistischen Systems. Und diese Ausgrenzung war nie uniform, sondern im Gegenteil immer multifacettiert und widersprüchlich. Bezogen auf Arbeitsmarkt und Migrationsbewegungen stehen heute in Europa selektive staatliche Repressionsmaßnahmen einer fehlenden Arbeitskraftnachfrage in den kapitalistischen Kernsektoren gegenüber, die letztendlich Minorisierte in prekäre und irreguläre Beschäftigungsformen manövrieren. Minorisierte sind dabei jene, die soziale Verletzlichkeitspositionen besetzen, die sie mehr oder weniger aus der *Norm* der Gesellschaft ausschließen. Der Normalisierungsdiskurs bestimmt wer dazugehört, wer teilweise Zutritt bekommt und wer ausgeschlossen bleibt (Castro Varela/Dhawan 2004: 218ff.). Minorisierte stellen zahlenmäßig die größte Gruppe der sog. *working poor*[1]. Personen also, die trotz Erwerbstätigkeit kein Einkommen errei-

[1] Im Jahr 1998 waren in Ostdeutschland 3,9% und im Westen 2,7% der Bevölkerung sowohl arm als auch erwerbstätig. Selbst die Anzahl der in Vollzeit erwerbstätigen Armen beträgt noch über eine Million (vgl. Strengmann-Kuhn 2003). Die Reformen der sozialen Sicherungssysteme und die Aus-

chen, das über der Armutsgrenze liegt. Die weltweite Flexibilisierung und Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die mit einer neoliberalen Globalisierung und der damit einhergehenden Demontierung des Sozialstaates zusammenhängen, treffen nicht zufällig jene, die ohnehin von multiplen dynamischen Exklusionsregime betroffen sind. Nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland sind dies auch – vielleicht insbesondere - Migrantinnen[2].

„Prekarisierung", so Esra Erdem (2005), die sich hierbei auf die Avtar Brah bezieht, „ist ein ethnisch- und genderdifferenzierter […] Prozess. Migrantinnen in Deutschland sind schon immer Prozessen der Ausgrenzung und der Verunsicherung ausgesetzt gewesen". Bereits seit den 80er Jahren zeigt sich, dass die Zahl der Arbeitsmigrantinnen, die in ungeschützten Arbeitsverhältnissen, die also rechtlich, materiell und sozial ausgehöhlt sind (Möller 1983: 7), tätig sind kontinuierlich ansteigt. Sie arbeiten an Arbeitsplätzen, die schlecht vergütet sind. Ihre Lebenssituation ist zusätzlich von langen Perioden der Erwerbslosigkeit, die sozial destabilisierend und beruflich dequalifizierend wirken, bestimmt. Die aktuellen Hartz-Reformen greifen hier in vielfacher Weise verschärfend ein. Sie bestätigen die der neoliberalen Gouvernementalität zugrunde liegenden Ausschlusslogik. Konkret ergibt sich folgendes Szenario: Migrantinnen sind auf dem Arbeitsmarkt deutlich überproportional auf den untersten Ebenen der Beschäftigungsskala vertreten; sie sind überdurchschnittlich hoch von Erwerbslosigkeit betroffen und weisen insgesamt eine niedrigere Beschäftigungsrate auf als deutsche Frauen (Rommelspacher 1998). Laut den statistischen Angaben der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen lag die Erwerbslosenquote von Menschen nichtdeutscher Staatsbürgerschaft im Jahre 2000 im Bundesgebiet West bei 16,4% und damit um insgesamt 110,3% höher als die Erwerbslosenquote insgesamt. 38,3% dieser Erwerbslosen sind mit deutlich steigender Tendenz Frauen (Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2002: 17). Die vielzitierte ethnische Unterschichtung des Arbeitsmarktes und die Deklassierung und Dequalifizierung von migrantischen Arbeitskräften gehen dabei Hand in Hand mit der sich ausweitenden Regulierung von Migration bei gleichzeitiger Deregulierung des Arbeitsmarktes. Ethnizität, Geschlecht und Klasse formieren sich im Feld der Migration zu einem sozialen „Schicksal". Migrantinnen und Migranten sind von den Arbeitsmarkt- und Sozialreformen auch deswegen besonders betroffen, insofern klare und intendierte Überlappungen der Hartz-Reformen mit ausländerrechtlichen Regelungen auszumachen sind. Auch bei der Sozialhilfequote lässt sich deswegen nicht von ungefähr eine Spaltung in deutsche und nicht-deutsche Herkunft feststellen. So lag diese Ende 2002 für MigrantInnen bei 8,4% gegenüber 2,8% bei der deutschen Bevölkerung. Die Bundesregierung preist deswegen wohl auch in ihrer Hartz-Info-Broschüre die sogenannten 1-Euro-Jobs für Menschen

---

weitung der Niedriglohnsegmente auf dem Arbeitsmarkt wird zweifelsohne die Zahl der *working poor* in Zukunft erheblich ansteigen lassen.

[2] Es sollte allerdings auch gesehen werden, dass es weltweit eine immer größer werdende Gruppe von MigrantInnen gibt, die nicht nur in den ersten Arbeitsmarkt integriert ist, sondern zudem bspw. durch ökonomische Zuwendungen an Parteien und andere politische Organisationen die Politik in ihren Herkunftsländern entscheidend beeinflussen. Konsequenz hieraus sind sozusagen „ferngesteuerte Demokratien".

mit Migrationshintergrund an. Diese seien nämlich aufgrund von Vermittlungshindernissen besonders für diese Zielgruppe geeignet.

Die Bezeichnung „Migrantinnen“ ist dabei eigentlich irreführend, verschleiert sie doch erheblich das komplexe und ausdifferenzierte global-kapitalistische Ausbeutungsgeschäft. Im Folgenden soll deswegen skizziert werden, welche unterschiedlichen Dynamiken Klasse, Geschlecht und Raum (Herkunfts- und Wohnort) entwickeln sowie auf welchen historischen Kontinuitäten und aktuellen Ungleichzeitigkeiten diese basieren.

Ungleichheitsdynamiken als Motor für eine neoliberale Weltordnung

Am 30. Juni 2005 ist auf der Titelseite der Berliner taz zu lesen: „Zuwanderung: Fehlanzeige!“ Das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz sei ein Flop, ist hier zu lesen, denn die Einwanderungsbilanzen sind negativ und das Gesetz, welches als notwendige gesetzliche Reform gefeiert wurde, ist letztlich nur als Zuwanderungshemmnis wirksam. Die erhoffte Immigration hochqualifizierter und reicher MigrantInnen blieb weitestgehend aus. Tatsächlich haben sich die Zahlen dokumentierter Einwanderung durch das Zuwanderungsgesetz nicht erhöht, sondern bewegen sich tendenziell nach unten, obschon sich selbst in konservativen Kreisen die Meinung durchgesetzt hat, dass die Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren immer mehr von Einwanderung abhängig sein wird. Viele Branchen, nicht nur der IT-Sektor, befinden sich in der „Zwangslage“, immer ernsthafter werdende Beschäftigungslücken mit MigrantInnen zu schließen. In Großbritannien werden aus diesem Grunde bereits heute Ärzte und Ärztinnen aus Indien rekrutiert, denn die medizinische Versorgung hat dort bereits einen kritischen Grenzwert erreicht. Sprich, es herrscht ein akuter Versorgungsmangel. Auch die Bundesrepublik wird in den nächsten Jahren Menschen aus dem Süden anwerben (müssen)[3], denn allein rassistische Forderungen, wie jene der CDU in NRW: „Kinder statt Inder“[4], sind hier wohl kaum hilfreich. Sie zeigen lediglich das latente Potential rassistischer Beharrlichkeiten aus der Mitte der Gesellschaft an (vgl. Rommelspacher 1995).

Auf der anderen Seite der Migration hochqualifizierter Frauen und Männer steht die irreguläre Migration und Saisonarbeiten. Die Öffnung der europäischen Union hin nach Osteuropa bietet hier ganz neue Möglichkeiten für die reichen EU-Länder. So profitiert etwa die spanische und französische Landwirtschaftsindustrie enorm von undokumentierter Arbeit, sodass vormals ökonomisch schwache Regionen mittlerweile zu den reichsten Spaniens zählen[5]. Möglich wurde dies durch die allzeit bereite, rund

---

[3] Die Diskussion um die Green Card, die schließlich auch den Startschuss zu den Reformen in der Migrationspolitik abgab, wurde deswegen keineswegs von ungefähr mit einer Rede des Bundeskanzlers Gerhard Schröder auf der Cebit 2000 in Hannover eingeleitet.

[4] Dies war in 2000 ein berüchtigter rassistischer Wahlslogan der CDU in NRW.

[5] „Vor vierzig Jahren eine der ärmsten spanischen Regionen, in der die Mehrheit der Bevölkerung zur Migration gezwungen war, ist El Ejido heute die drittreichste Stadt im Land. Dieses 'Wirtschaftswunder' beruht in Gänze auf der Möglichkeit, Tausende migrantischer ArbeiterInnen jeweils für kurze Zeit während der zehnmonatigen Saison zu beschäftigen. Zur Zeit wird geschätzt, dass circa 40000 »legale« und in etwa die gleiche Anzahl undokumentierter MigrantInnen in der Provinz leben.

um die Uhr ausbeutbare Arbeitskraft undokumentierter ArbeiterInnen v.a. aus Nord- und Zentralafrika. Als es in dem kleinen Ort El Ejido im spanischen Andalusien im Jahre 2000 zu einem Ausbruch rassistischer Gewalt kam und sich marokkanische Arbeiter in der Folge organisierten und bessere Löhne und Arbeitsbedingungen forderten, wurden schlicht FeldarbeiterInnen aus Osteuropa rekrutiert. Das System ist recht durchsichtig: Es müssen immer Räume zur Verfügung stehen, aus denen ausbeutbare und flexible Arbeitskräfte geschöpft werden können. Die nationalen Regierungen sind den Unternehmen und Betrieben hierbei behilflich, indem sie restriktive Gesetzgebungen erlassen, die eine reguläre Einwanderung erschweren, womit sie lukrative Geschäfte mit Menschen als Ware Arbeitskraft im Grunde erst ermöglichen[6]. Der moderne Kapitalismus setzt dabei auf eine maximale Kontrolle von Migration für eine „gute Mischung" undokumentierter ArbeiterInnen und legaler ZeitarbeiterInnen in irregulären Verhältnissen. Die bei der Kolonisierung des Südens weltweit geschaffenen Ungleichheiten erweisen sich dabei als immer noch äußerst profitabel, weswegen von einer Dekolonisierung als Zustand kaum gesprochen werden kann (vgl. Klingenbiel/Randeria).

Der Abbau der sozialen Sicherungssysteme ehemaliger Wohlfahrts- und Sozialstaaten trifft Migranten und Migrantinnen am härtesten. Die Reformierung des Arbeitsmarktes, die in der Bundesrepublik bspw. mithilfe der sog. Hartz-Gesetze durchgesetzt wird, kann im Grunde als ein Versuch gelesen werden, erwerbslose Migrantinnen und Migranten aus den staatlichen Sicherungsnetzen zu lösen und damit zu flexibilisieren. Die restriktiven Migrationsregime intendieren möglichst viele hochqualifizierte Fachkräfte aus den Peripherien des Kapitalismus[7] anzulocken und dies zu kombinieren mit einer weitgehenden ethnischen Unterschichtung durch kurzfristige Saisonarbeiten, aber auch Minijobs und 1-Euro-Jobs. Undokumentierte Arbeitskräfte werden in großem Ausmaße hingenommen, weil sie Billigproduktionen sichern und auch die sozialen Löcher stopfen, die der radikale Abbau staatlicher Sicherungssysteme hinterlässt. Gleichzeitig gelten Flüchtlinge als ein Sicherheitsrisiko und werden dementsprechend im großen Maßstab abgewehrt, nur so lässt sich ein quasi-normalisierter irregulärer Arbeitsmarkt etablieren. Wie groß dieser mittlerweile ist, darüber kann nur spekuliert werden. Sicher ist jedoch, dass in rund 3,5 Millionen Haushalten in Deutschland Dienstleistungen in Anspruch genommen werden, dem indes lediglich 40.000 angemeldete sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich gegenüberstehen. Anders gewendet: Die als „Illegale" bezeichneten stellen eine nicht unbedeutende Größe für die Ökonomie des Westens dar (vgl. Alt 2004). Sie arbeiten für wesentlich weniger Geld, die Abgaben für die Sozialversicherungen entfallen und sie

---

Fast niemand von ihnen hat einen Arbeitsvertrag, und sie sind unerträglichen Arbeits- und Lebensbedingungen unterworfen. Drei Millionen Tonnen Gemüse werden pro Jahr in der Region produziert, wovon große Mengen in das restliche Europa exportiert werden (vor allem nach Deutschland, Frankreich und Großbritannien)" (Bell 2005).

6 Zur aktuellen Migrationspolitik in Frankreich siehe Schmid 2005.

7 Das gilt im übrigen auch für Studierende aus dem Süden. Europäische Universitätsabschlüsse entwickeln sich mehr und mehr zu einem lukrativen Geschäft.

sind zudem leicht erpressbar[8]. Staatliche Behörden wissen sehr wohl Bescheid über die irregulären Beschäftigungsverhältnisse, ihr strategisches Wegschauen ist dagegen einer ökonomischen und sozialen Kalkulation geschuldet.

Für Migrantinnen bedeutet es, dass sie (geschlechts-)spezifischen Ausbeutungen (Prostitution, Hausarbeit etc.) ausgesetzt sind, die auf kolonialen hetero-patriarchalen Strukturen aufliegen. Frauen, die undokumentiert in Deutschland leben, arbeiten - gänzlich unabhängig von ihren Qualifikationen - insbesondere als „Putzfrauen“ und „Dienstmädchen“ in Privathaushalten und in der Sexindustrie. Es sind dies Bereiche, die eine vereinzelte Arbeit erzwingen und die dort Tätigen unter eine ausnahmslose Kontrolle der ArbeitgeberInnen stellen. Heutzutage können auch weniger begüterte Familien hochqualifiziertes Dienstpersonal für wenig Geld beschäftigen (Gaserow/Hauptmeier 1998; Gather/Geissler/Rerrich 2002; Prasad 2003). Die „Dienstleistungsgesellschaft“ mutiert gleichermaßen zu einer „Dienstmädchengesellschaft“ bzw. eröffnet konkret die Möglichkeit des „Privilegs“ eines „Dienstmädchens“ auch für breitere Bevölkerungsgruppen. Was den Männern der Dominanzgesellschaft die Sekretärin ist, wird immer mehr der emanzipierten karrierebewussten Frau die „Putzhilfe“, das „Dienstmädchen“, die „Kinderfrau“, die „Köchin“, die „Einkaufshilfe“, die „Pflegehilfe“. Haushalte mutieren zu ethnifizierten Nischen für undokumentierte Migrantinnen aus dem Süden. Die Frau aus Polen, die die Mutter versorgt oder den kranken Ehemann pflegt, ist lange schon Teil deutscher Alltäglichkeit. Dass dies historische imperiale Verhältnisse reproduziert, scheint nur wenige zu interessieren. Produkt dieses Prozesses ist eine neue „Unterklasse“ von Arbeiterinnen auf Zeit, die zu einem Kommen und Gehen gezwungen werden (gewissermaßen in Form von Turborotationsverfahren) und sich durch diese permanente Rotation in einer kontinuierlich prekären Existenzlage einrichten (müssen). Die verschärfte Ungleichheit schmiegt sich dabei an bereits strukturell vorhandene und etablierte Ungleichheitsstrukturen an. Rassismus und Sexismus – aber auch Klassismus und Alterdiskriminierung – fungieren gleichsam als exzellente Instrumente zur Gewinnsteigerung bzw. auch zur fortgeführten Legitimation (kolonialer) Ausbeutungsverhältnisse.

Und so erweist sich der gleichzeitige Anspruch von Karriere und Familie für die Frauen der Dominanzkultur als immer weniger paradox, denn die minorisierten dequalifizierten und deklassierten Frauen sind zur Stelle, um die entstehenden Spannungen zu lösen. Das Geschlechterverhältnis ist in Europa eigentlich nicht viel anders als in den berüchtigten 50er Jahren, wo Frauen lediglich die drei „Ks“ (Kinder, Küche, Kirche) zugestanden wurden. Doch die mehrheitsdeutsche Frau wird nicht mehr ans Haus gefesselt, sondern modifiziert das „traute Heim“ zu einer Organisation, der sie als Haushaltsmanagerin vorsteht. Die Regierungen Westeuropas können deswegen in Ruhe Strategien des Gender Mainstreamings erlassen und ihre Einhaltung sogar fordern, wird doch das ungleiche Geschlechterverhältnis dadurch kaum angetastet.

---

[8] Auch eine gewerkschaftliche Anbindung gestaltet sich als schwierig. Immer noch haben die etablierten Gewerkschaften Berührungsängste, sehen undokumentierte Arbeitskräfte nicht als ihre Zielgruppe (vgl. Interview mit der Selbstorganisation undokumentierter weiblicher Hausangestellten „Respect“ in Jungle World vom 22. Juni 2005).

Zementierung sozialer Ungleichheiten

Die Integration Europas bedeutet die Stabilisierung hegemonial hergestellter Ungleichheit. So zeigt sich die Situation von Frauen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt durchgängig durch eine ethnische Segmentierung strukturiert, was im übrigen als eine direkte Folge des „Gastarbeiter-Systems" angesehen werden kann (vgl. Castro Varela 2003). Migrantinnen aus Nicht-EU-Ländern, und insbesondere Asylbewerberinnen sind immer noch rechtlichen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt ausgesetzt. Die Antidiskriminierungsgesetze, die nach und nach in den Staaten der europäischen Union in Kraft treten, zementieren diese Ungleichheit, indem sie ausdrücklich eine Diskriminierung von Drittstaatenangehörigen gewähren.

Die ethnische Segmentierung, die sich generell vor allem in einer hohen Konzentration von Migrantinnen vorwiegend im Niedriglohnsektor[9] und einem durchschnittlich geringeren Lohnniveau zeigt, hat u.a. geringere berufliche Aufstiegschancen und Mobilität zu Folge (vgl. Erdem 2005). Bezeichnend ist auch, dass selbst die 2. und 3. Generation von Migrantinnen sich v.a. auf prekären Arbeitsplätzen wiederfinden. Daneben wurden 43% aller migrantischen Auszubildenden in NRW im Jahr 2000 in nur zehn Berufen ausgebildet (Granato o.J. 3), d.h. es findet eine starke Verengung der Berufmöglichkeiten für Migrantinnen statt. Junge Migrantinnen üben überdurchschnittlich häufig Berufe wie etwa Arzthelferinnen, Friseusen und Verkäuferinnen aus. Es sind dies allesamt Arbeitsbereiche, in denen für wenig Geld besonders hart gearbeitet werden muss. Eine gelernte Friseuse bspw. verdient im Durchschnitt 600 € im Monat und liegt damit unter der bundesdeutschen Armutsgrenze. Anders als die Mehrheit wissenschaftlicher Elaborationen geht Mona Granato in einer Expertise, die im Auftrag des Landes NRW erarbeitet wurde, nicht davon aus, dass es die schlechten Schulqualifikationen sind, die sich hemmend bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz auswirken. Vielmehr stellt das „größte Hemmnis im Vorfeld der Berufsausbildung […] für Jugendliche mit Migrationshintergrund, […] Betriebliche Selektionsmechanismen und Auswahlkriterien sowie Desinteresse von Personalverantwortlichen benachteiligen junge Menschen mit Migrationshintergrund" dar (ebd.: 6f.). Gerade junge Migrantinnen erreichen immer bessere Schulabschlüsse, ohne dass sich dies erheblich auf ihre Situation auf dem Arbeitsmarkt auswirken würde. Die Gründe hierfür sucht der sozialwissenschaftliche und politische Mainstream nach wie vor bei den Migrantinnen selbst. Sie selbst liefern demzufolge die Motive für bestehende soziale Ungleichheit: Es sind die schlechten Deutschkenntnisse, das Tragen eines Kopftuches, die andere „Mentalität", die Familienorientierung, die schwache Berufsorientierung etc., die eine ethnische Stratifizierung hervorrufen (Castro Varela 2003: 18f.; Rommelspacher 1998: 245). Selbst Migrantinnen, die in Deutschland geboren sind, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, in Deutschland einen höheren Bildungsabschluss erlangt haben und Deutsch als Erstsprache sprechen, haben mit erheblichen Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu rechnen. Die Bildungs*inländerinnen* bleiben für den Arbeitsmarkt ungebrochen Ausländerinnen. Auch heute noch ge-

[9] Dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) (2005) zufolge ist die Aufstiegsmobilität im Niedriglohnsektor in den letzten Jahrzehnten erheblich gesunken, d.h. die Zunahme einer stabilisierten Niedriglohnarmut steigt stetig.

hen LehrerInnen, BerufsberaterInnen wie auch potentielle ArbeitgeberInnen davon aus, dass Migrantinnen Familie und Beruf nicht zu vereinbaren in der Lage sind und das im Grunde auch nicht möchten. Bei den bundesdeutschen Frauen wird dagegen davon ausgegangen, dass sie alle ausnahmslos berufs- und karriereorientiert sind. Es ist dies eine symbolische Dequalifizierung, die quasi-biologistisch argumentiert und den ethnisch segregierten Arbeitmarkt legitimiert und stabilisiert bzw. den Ausschluss von Migrantinnen aus geschützten Arbeitsverhältnissen „verstehbar" macht.

„Kritische Erinnerungspolitik"

> „Die Angewiesenheit der bundesdeutschen wirtschaftlichen Entwicklung auf eingewanderte Arbeitskräfte und die jahrzehntelange aktive Teilnahme von *Arbeitnehmerinnen* aus den ehemaligen Anwerbeländern an dieser Entwicklung ist eine gesellschaftliche Tatsache, die der sozialwissenschaftlichen Forschungslandschaft hierzulande maßgeblich entgangen ist" (Gümen 2003: 30).

Es hat sich immer wieder nachweisen lassen, dass Geschichtsschreibung, männliche Geschichtsschreibung ist bzw. eine Geschichte aus der Sicht von Subjekten aus einer machtgesättigten Position, die ihre Perspektive auf die Welt durchsetzen. Das mag ein Grund dafür sein, dass viele sich immer noch überraschend darüber zeigen, dass Migrantinnen der „Gastarbeitergeneration" nicht nur als nachziehende Familienangehörige nach Deutschland kamen, um dann schließlich als Hausfrauen die arbeitenden Ehemänner zu unterstützen. Auch wenn sich bis heute standhaft die Annahme hält, dass es sich ausschließlich um männliche Wanderer gehandelt hat (vgl. etwa Treibel/Schöttes 1998, Mattes 1999, Gümen 2003), waren *de facto* 25% der angeworbenen Arbeitskräfte sogenannte Pionierwanderinnen, die in der neueren Migrationsforschung auch als *agents of change* bezeichnet werden, weil sie nicht in das klassische Bild des Opfers passen, die Migration erleiden, sondern vielmehr über ihre erhöhte Mobilität neue Räume schaffen (vgl. etwa. Morokvasic 1993). Da Migrantinnen für das Kapital ein besonders flexibles und billiges Arbeitskräftepotential darstellen, fanden sie insbesondere in den 60er und 70er Jahren teilweise leichter Arbeit als Männer (vgl. Morokvasic 1987). Nach einem Bericht der Bundesanstalt für Arbeit 1963 wurden Migrantinnen für nahezu alle Wirtschaftszweige angeworben (392). Zu fast 90% waren sie zu diesem Zeitpunkt jedoch im verarbeitenden Gewerbe tätig. Und dort insbesondere am Fließband und als Schicht- und Akkordarbeiterinnen (Mattes 1999: 296). Außer in den Industriebetrieben sind Migrantinnen zu jener Zeit auch in den klassisch weiblichen Dienstleistungsfeldern zu finden: Sie arbeiten als Krankenschwestern, Hebammen und im Bereich häuslicher Dienstleistungen (Baringhorst 1993: 74). Die Arbeitsplätze im untersten Segment des Arbeitsmarktes wurden geradezu systematisch mit jungen, gesunden und mobilen Frauen besetzt. Bereits 1973 sind 30% der nicht-deutschen ArbeitnehmerInnen weiblich (Mattes 1999: 285). Die Beschäftigungsquote von Migrantinnen liegt in diesem Zeitraum mit 71,6% fast doppelt so hoch wie die der einheimischen Frauen, die bei 37,7% liegt (vgl. Morokvasic 1993). Und selbst die Erwerbsquote von verheirateten Migrantinnen liegt bei weitem höher als die bundesdeutscher Ehefrauen (Granato 1997).

Für mehrheitsdeutsche Frauen bedeutet der Einsatz ihrer Arbeitskraft einen erheblichen Mobilitätssprung. Sie bewegen sich vom produzierenden Gewerbe hin zum Dienstleistungsbereich, wo sie zu 2/3 von Migrantinnen ersetzt werden.

> „Mit ihrem Entschluß zur Migration und Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik ermöglichten die Arbeitsmigrantinnen den westdeutschen Frauen die Befreiung von den 'schlechtesten' und ‚untersten' Arbeitsplätzen" (Westphal 1996: 26).

Der einsetzende Strukturwandel Mitte der 70er Jahre trifft Migrantinnen in besonderer Weise. Da Unternehmen im Zusammenhang mit Rationalisierungsmaßnahmen gezielt Arbeitsplätze abbauen, wächst die Erwerbslosigkeit unter Migrantinnen, die dann auch schlechter einen neuen Arbeitsplatz finden. Die diskriminierende Vergabe von Arbeitserlaubnissen führte schließlich dazu, Migrantinnen nach und nach aus dem Arbeitsmarkt zu drängen. So wurde eine Arbeitserlaubnis nur verlängert, wenn eine Mutter einen Kindergartenplatz nachweisen konnte. Was, wie Monika Mattes darlegt, sehr selten vorkam (Mattes 1999: 304).

Vergessen scheint auch die spezifische Migrationspolitik der jungen Bundesrepublik zu sein, die noch Mühe hatte, die nationalsozialistische Vergangenheit hinter sich zu lassen. Wie schleppend die Demokratisierung vor sich ging, beweist sich nicht unwesentlich am staatlichen Umgang mit Migrantinnen. So galt die „Gastarbeiterin" als „sittlich" besonders gefährdet, weshalb sich „die kirchlichen Wohlfahrtsverbände um eine möglichst intensive fürsorgliche Betreuung" bemühten (Mattes 1999: 290). Auch eine „Lagerunterbringung" war nicht nur üblich, sondern galt als notwendig und zwar um u.a. eine „Vermischung" mit der deutschen Bevölkerung zu verhindern. 1984 hat die Bundesanstalt für Arbeitsschutz in Dortmund eine Expertise in Auftrag gegeben, bei der Migranten und Migrantinnen – zu jeweils 50% - körperlich vermessen wurden. Der leitende Anthropologe Hans Wilhelm Jürgens schreibt hierin, dass die MigranInnen in der Bundesrepublik „eine unter verschiedenen Gesichtspunkten gesiebte und damit in ihren körperlichen Merkmalen für ihr Volk untypische Personengruppe" sind, weswegen es seiner Meinung nach angeraten ist „die körperlichen Eigenschaften der ausländischen Arbeitnehmer an Ort und Stelle hier in der Bundesrepublik zu messen" (Jürgens/Pieper 1984: 7). Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind geradezu kurios, so stellen Hans Wilhelm Jürgens und Ursula Pieper fest, dass

> „Besonders die türkischen Frauen des 5. Beinlängenperzentils zeigen hier deutlich unter dem Grenzwert der kleinen deutschen Frauen liegende Befunde: Die Differenz beträgt 78 mm. Da sich bei unserer Untersuchung zeigte, daß diese erhebliche Differenz durch die Schuhmode noch verstärkt wird (die von uns erfaßten türkischen Frauen trugen durchweg flache Schuhe, während die einheimische Bevölkerung, insbesondere kleine Frauen, höherhackige Schuhe bevorzugt), ergeben sich hier für das Berufsleben wie auch überhaupt für die Gestaltung der täglichen Lebensumwelt Maßdifferenzen, die notwendigerweise im Sinne einer menschengerechten und sicheren Arbeitsgestaltung Berücksichtigung finden müssen" (Jürgens/Pieper 1984: 24).

Würden solche Vermessungen, aufgrund ihrer Kontinuität zu den Tätigkeiten „fleißiger" Kolonialbeamter und nationalsozialistischer Beamter bei den „Rassifizierungspraxen" nicht einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen, wäre eine solche Text-

passagen durchaus amüsant. Sie machen allerdings deutlich, dass „Gastarbeiterinnen“ in den Raum der *Anderen* abgeschoben wurden, indem pogromartige Ausschreitungen immer potentiell möglich sind. Entscheidend ist hier die Einbettung in einen Sicherheitsdiskurs, der die Möglichkeit offen lässt, die zu schützenden Subjekte zu einer Bedrohung zu erklären.

"There is no alternative"

> „In flüchtigen Momenten der Einsicht beginnen wir uns aus der Unterwürfigkeit zu entwerfen“ (Flusser 1998: 29).

In einer Situation, die durch zunehmende Gewalt gegen Frauen und Minorisierte charakterisiert ist, fragt es sich, welche Gegenstrategien vorhanden sind, um dem Hier und Jetzt zu widerstehen. Für die postkoloniale Kritikerin Gayatri C. Spivak ist bspw. eine dekonstruktive Wachsamkeit und persistente (Selbst-)Kritik vonnöten, die nicht die ausklammert, die eine der vielen dynamischen Verletzlichkeitspositionen besetzen (vgl. hierzu Castro Varela/Dhawan 2003). An mehreren Stellen haben Nikita Dhawan und ich deswegen auf Spivak rekurrierend darauf aufmerksam gemacht, dass es problematisch ist, *die* „Migrantin“ mit *der* „Subalternen“ in eins fallen zu lassen (etwa Castro Varela/Dhawan 2003, 2005), wie auch die Homogenisierung von Migrantinnen wenig hilfreich scheint. Tatsächlich ist es so, dass solcherlei Homogenisierung dem hegemonialen Regime bei der Durchsetzung seiner Machtpolitiken eher behilflich ist. Stattdessen möchte ich die Möglichkeiten postkolonialer utopiegeladener Taktiken aufzeigen. Wer sich der Mühe unterzieht, die unterschiedlichen Diskriminierungsformen in ihren Dynamiken zueinander zu analysieren, wird nicht umhin kommen, sich mit der Problematik des Essentialismus auseinander zu setzen, das heißt eine skeptische Perspektive gegenüber „Identität“ und „Differenz“ einnehmen müssen. Eine differenziertere Analyse bringt dabei schnell zu Tage, dass es *die* Migrantin nicht gibt und nie gab, und dass eine Homogenisierung dieser Gruppe nur bedingt von politisch-strategischem Vorteil ist. Auch wird es in postfordistischen Zeiten immer notwendiger, über die nationalstaatlichen Grenzen zu schauen, die sich für die einen verschärfen, während dieselben sich für andere aufzulösen scheinen. Ökonomie reproduziert nicht nur Waren, sondern auch Subjekte. Darauf hat schon Karl Marx hingewiesen. Die entstaatlichte Gouvernementalität, wie Nancy Fraser (2003) in Anlehnung an Michel Foucaults Studien zum Regieren postfordistische Zeiten bezeichnet, haben nicht nur neue Wirtschaftsformen geschaffen, sondern auch neue Subjekte, Regulierungs- und Kontrollformen, die es genauer zu analysieren gilt.

Utopien sind erst einmal Denkexperimente, die das Hier und Jetzt herauszufordern suchen. Obschon im rauschenden Diskurs der Postmoderne die antiutopischen Stimmen überwiegen, die da betonen, dass die Formulierung von Utopien nicht nur obsolet, sondern gar riskant sei, gehe ich davon aus, dass dies eher Effekt eines unausgesprochenen Utopieverbots darstellt. In dieser Lesart sind utopische Betrachtungen Blendwerke mit potentiell fatalen Folgen. In einer herrschaftskritischen Lesart bergen utopische Taktiken durchaus Möglichkeiten für gesellschaftliche Transformation in Richtung einem Mehr an soziale Gerechtigkeit. Und das obschon Gerechtigkeit immer Praxis bleibt, d.h. gar nicht ein Zustand sein kann.

1981 schrieb Ilona Ostner, dass die Interessen des Staates an der Familie nicht die Interessen der Frauen sind (Kickbusch/Riedmüller 1984: 8). In Abwandlung hiervon könnte gesagt werden, dass die Interessen des Staates an der Einwanderung nicht die Interessen der Mehrheit der Migrantinnen sind, aber auch dass die Interessen der deutschen Mehrheitsfrauen nicht immer diejenigen der Migrantinnen sind, wie heterogen diese Gruppe auch sein mag. Frauen, die undokumentiert in Deutschland leben und

arbeiten, Töchter der ersten Einwanderergeneration nach dem Zweiten Weltkrieg, Asylbewerberinnen, Rentnerinnen nicht-deutscher Herkunft, alleinstehende Mütter mit Migrationshintergrund, migrantische Lesben, Transgender mit Fluchterfahrung, jüdische Aussiedlerinnen etc. haben freilich sehr differente Interessen. Nicholas Bell (2005) macht deswegen m.E. zu Recht darauf aufmerksam, dass Migration das kapitalistische System stützt und nicht – wie viele glauben – in Frage stellt. In einer selben Richtung argumentiert Spivak, wenn sie sagt, dass der transnationale Feminismus zuweilen den Kämpfen der Frauen im Süden schadet, so wäre weder ein deutsches „Wirtschaftswunder" ohne ein „GastarbeiterInnensystem" möglich, noch hätten so weitreichende soziale Sicherungssysteme, wie sie der bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat lange bereitgestellt hat, ohne die koloniale Ausbeutung der Länder im Süden nicht existieren können. Beides brachte v.a. den mehrheitsdeutschen Frauen und Männern Reichtum und ermöglichte auch eine breite soziale Mobilität. Den Frauen der Dominanzkultur bescherte sie mithin einen „Emanzipationsschub".

Postkoloniale utopische Taktiken glauben weder an das Credo des „There is no alternative!" neoliberaler Regime noch an einfache essentialistische Widerstandsfiguren, die Migrantinnen zu Heldinnen machen und auch nicht an eine Solidaritätspolitik, die ihr „Wohlwollen" durch ein Empowerment der „armen Schwestern" im Süden unter Beweis stellt. Politische Bündnisse müssen ebenso elastisch wie die Regierungstechniken sein. Dies bedeutet nun nicht, die politischen BündnispartnerInnen von Tag zu Tag zu ändern, sondern sie den jeweiligen Zielen anzupassen. Hierfür ist m.E. eine genaue Analyse der (sozial-)politischen Gegebenheiten ebenso notwendig wie die von Spivak geforderte „Autokritik", die sich gleichsam aus einer dekonstruktiven Wachsamkeit ergibt, die die Analyse der eigenen Beteiligtheit an der Aufrechterhaltung sozialer globaler Ungleichheiten in eine politische Taktik integriert und Selbstkritik (re-)politisiert.

Literatur

Alt, Jörg (2003): Leben in der Schattenwelt, Problemkomplex illegale Migration. Karlsruhe: von Loeper

Bell, Nicholas (2005): Migration, Autonomie, Ausbeutung, in: *labournet.de, 11.03.2005.* URL: http://www.labournet.de/diskussion/wipo/migration/bell1.html (14.04.2005).

Castro Varela, María do Mar (2003): Zur Skandalisierung und Re-Politisierung eines bekannten Themas: „Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt", in: María do Mar Castro Varela/Dimitria Clayton (Hg.): Migration, Gender, Arbeitsmarkt. Neue Texte zu Frauen und Globalisierung. Königstein/Ts: Ulrike Helmer, S. 8-29

Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2003): Postkolonialer Feminismus und die Kunst der Selbstkritik, in: Hito Steyerl/Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hg.): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Münster: Unrast, S. 270-290

Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2004): Horizonte der Repräsentationspolitik – Taktiken der Intervention, in: Bettina Roß (Hg.): Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Perspektiven für eine antirassistische und feministische Politik und Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 205-226

Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2005): Postkoloniale Teorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld: transcript

Erdem, Esra (2005): Beschäftigungsverhältnisse von Migrantinnen in der Gebäudereinigung: Strategien der Prekarisierung und des Widerstandes. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, GendA-Workshop, Marburg, 18-19.05.2005

Flusser, Vilém. (1998): Vom Subjekt zum Projekt. Menschwerdung. Frankfurt am Main: Fischer.

Fraser, Nancy. (2003): Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung, in: Nancy Fraser/Axel Honneth (Hrsg.), Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 13-128

Gaserow, Vera/Hauptmeier Ariel (1998): Heimlich in Deutschland, in: *Die Zeit, 2,* S. 13-15

Gather, Claudia/Geissler, Birgit/Rerrich, Maria S. (2002): Weltmarkt Privathaushalt. Münster: Westfälisches Dampfboot

Granato, Mona (2002): Die berufliche Qualifikation von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien in Nordrhein-Westfalen. Datenanalyse und Ergebnisse (Kuzfassung). Expertise im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen

Gümen, Sedef (2003): Frauen, Arbeitsmarkt und Einwanderungsgesellschaft - (k)ein Thema für die Frauenforschung?, in: María do Mar Castro Varela/Dimitria Clayton (Hg.): Migration, Gender, Arbeitsmarkt. Neue Texte zu Frauen und Globalisierung. Königstein/Ts: Ulrike Helmer, S. 30-57

IAB (2005): Aufstiegschancen für Geringverdiener verschlechtert, in: IAB Kurzbericht, H. 3, 10.03.2005, S. 1-5

Jürgens, Hans Wilhelm/Pieper, Ursula (1984): Anthropometrische Daten von ausländischen Arbeitnehmern. (Hg. Bundesanstalt für Arbeitsschutz Dortmund. Forschungsbericht Nr. 373) Bremerhaven: Verlag für Neue Wissenschaft

Kickbusch, Ilona/Riedmüller, Barbara (1984): Theoretische Perspektiven einer Sozialpolitikanalyse, in: dies. (Hg.): Die armen Frauen. Frauen und Sozialpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 7-14

Kliengenbiel, Ruth/Randeria, Shalini (Hg.) (1998): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Bonn: Dietz

Lewed, Karl-Heinz (2005): Ausschluss und Zwang - Migration, Rassismus und prekäre Arbeitsverhältnisse, in: labournet.de, 26.02.2005, URL http://labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/karlheinz.html (21.06.2005)

Mattes, Monika (1999): Zum Verhältnis von Migration und Geschlecht. Anwerbung und Beschäftigung von „Gastarbeiterinnen" in der Bundesrepublik 1960 bis 1973, in: Jan Motte/Rainer Ohliger/Anne von Oswald (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt am Main: Campus, S. 285-209

Mohanty, Chandra Talpade (2003): Feminism Without Borders. Decolonizing Theory, Practicing Solidarity. New Delhi: Zubaan

Möller, Carola (1983): Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse – Verstärkte Spaltung der abhängig Arbeitenden, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, 9/10, S. 7-15

Morokvasic, Mirjana (1987): Jugoslawische Frauen. Die Emigration – und danach. Basel

Morokvasic, Mirjana (1993):"In and Out" of the Labour Market. Immigrant and Minority Women in Europe, in: New Community*, H. 3*, S. 459-483.

Prasad, Nivedita (2003): Die Migration asiatischer Frauen als Hausangestellte von Diplomaten – selbstbestimmte Migration oder Freibrief für ausbeuterische Arbeitsverhältnisse?, in: María do Mar CastroVarela/Dimitria Clayton (Hg.): Migrantinnen auf dem Arbeits-

markt. Neue Texte zu Frauen und Globalisierung. Königstein/Ts: Ulrike Helmer, S. 208-222

Respect (2005): „Die Initiative übernehmen". Ein Interview mit Aktivistinnen von „Respect" über migrantische Hausarbeit und den Kampf um gewerkschaftliche Rechte, in: Jungle World, 22. Juni 2005. URL: http://jungle-world.com/seiten/2005/25/5758.php (22.06.2005)

Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda

Rommelspacher, Birgit (1998): Neue Polarisierung und neue Konvergenzen: Das Geschlechterverhältnis im Zeitalter der Globalisierung, in: Gert Schmidt/Rainer Trinczek (Hg.): Soziale Welt, Sonderband 13, Ökonomische und soziale Herausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Baden-Baden, S. 245-258

Schmid, Bernhard (2005): Neue Einwanderungspolitik: Quoten für „erwünschte" Arbeitsimmigration, Repression für den Rest, in: labournet.de 14.06.2005, URL: http://www.labournet.de/internationales/fr/quoten.html (16.06.2005)

Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2003): Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. Frankfurt am Main: Campus

Westphal, Manuela (1996): Arbeitsmigrantinnen im Spiegel westdeutscher Frauenbilder, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, *42,* S. 17-28